

VERSTETIGUNG ...



... von grenzüberschreitenden Partnerschaften in der Agrarwirtschaft auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene in Polen, Tschechien und Deutschland



Ein Projekt der Industriegewerkschaft Bauen – Agrar – Umwelt, durchgeführt vom PECO-Institut e.V. in Zusammenarbeit mit der polnischen Agrargewerkschaft ZZPR und der tschechischen Agrargewerkschaft OSPZV/ASO



Herausgeber:

Hans-Joachim Wilms

Industriegewerkschaft

Bauen - Agrar - Umwelt

Erarbeitung:

Inge Bieler,

Thomas Hentschel

Illustration und Layout:

Martin Boehm

Für die vielen Berichte, Protokolle,
Fotos und jede weitere Unterstützung
bei der Erstellung dieser Broschüre
danken wir:

Peter Metzger, Berit Schröder,

Hannelore Imig, Peter Korkus,

Bohumír Dufek, Leon Grycuk,

Monika Kowalik, Arnd Spahn u.a.m.

Berlin 2008

INHALT

Impressum	2
Inhalt	3
Vorwort.	4
Projektziele	6
Arbeits- und Gesundheitsschutz	7
Beschäftigung	15
Fazit	21

Lublin





Hans-Joachim Wilms

Mit dem Projekt *Verstetigung* konnte eine Arbeit fortgeführt werden, die sich seit Jahren zwischen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mittel- und osteuropäischer Länder entwickelt hat. Nicht nur das Konferieren auf höchster Ebene und das alltägliche politische Geschäft in Gremien und Ausschüssen, sondern vor allem auch die Entwicklung der Zusammenarbeit von Beschäftigten in den Betrieben und Regionen ist ein wichtiges Anliegen der in der Europäischen Föderation der Agrargewerkschaften zusammengeschlossenen Organisationen.

Dies ist von den Gewerkschaften allein nicht zu tragen. Deshalb sind wir öffentlichen Stellen wie dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales dankbar, das unsere Anliegen für solche Projekte immer wieder unterstützt. Neben der Begegnung und dem Erfahrungsaustausch zwischen den Partnern werden bei derartigen Initiativen auch neue Ideen geboren und angepackt. Beispiele dafür sind das Projekt über polnische Zwangsarbeiter

während der Zeit des Nationalsozialismus, oder das geplante europäische Projekt über ein Beschäftigungsnetzwerk in ländlichen Räumen.

Nachdem im ersten vom BMAS geförderten Projekt zum Sozialen Dialog die Frage von Kollektivvereinbarungen und die Neugewinnung von Gewerkschaftsmitgliedern bearbeitet worden ist, orientierte sich das Projekt *Verstetigung* an den beiden für Arbeitnehmer weiteren wichtigen Bereichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und Beschäftigung. Mit beiden Themen konnten Initiativen verbunden werden, die sich auf europäischer Ebene abspielten. Zum einen wurde im Projektverlauf der so genannte „Health check“ zur Reform der Europäischen Agrarpolitik diskutiert, und zum anderen vereinbarten die Sozialpartner auf europäischer Ebene eine gemeinsame Erklärung zu Muskel-Skelett-Erkrankungen.

So konnten die Ergebnisse der europäischen Diskussionen hervorragend in die Projekt-

aktivitäten einbezogen, problematisiert und auch umgesetzt werden. Gleichzeitig flossen Projekterfahrungen in europäische Diskussionen mit ein. So waren zum Beispiel die gemeinsamen Erfahrungen der polnischen, tschechischen und deutschen Seminare zur Muskel-Skelett-Erkrankung hilfreich bei der Weiterentwicklung der Kampagnen in der Landwirtschaft der Europäischen Agentur für Sicherheit am Arbeitsplatz (OSHA).

In dem vorliegenden Bericht können nicht alle Einzelheiten des zweijährigen Projektes mit zwei Konferenzen, sieben Workshops, einem Auswertungstreffen und fünf Austauschen geschildert werden. Es kam den Verfassern im Wesentlichen darauf an, die wichtigsten Inhalte und besondere Ergebnisse darzustellen, sowie weitere gemeinsame Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die Projektakteure waren IG BAU, PECO-Institut e.V., ZZPR (Polen), OSPZV-ASO CR (Tschechische Republik) und EFFAT. Mitgewirkt haben ferner AGROSTAR

(Rumänien), TUFLAW (Litauen), LATU (Lettland), ETMK (Estland) und OZPP (Slowakei).

Dieses Projekt konnte nur erfolgreich durchgeführt werden, weil alle Partner sich mit Engagement und eigenen Ideen eingebracht haben. Dafür danken die Projektverantwortlichen allen beteiligten Institutionen und Akteuren, insbesondere dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales für die finanzielle Unterstützung sowie besonders unserer Kollegin Karin Alleweldt vom Deutschen Gewerkschaftsbund, die unsere Arbeit wohlwollend unterstützt hat, aber nicht mehr am positiven Ausgang unserer gemeinsamen Arbeit teilhaben konnte.

Hans-Joachim Wilms

PROJEKTZIELE

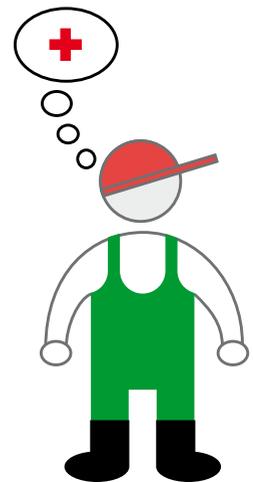
Im Rahmen von grenzüberschreitenden Aktionen soll die Anwendung der Regelungen des gemeinsamen Besitzstandes (acquis communautaire) in den Bereichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und Beschäftigung auf betrieblicher und lokaler Ebene verbessert werden. Durch die Bildungs- und Austauschmaßnahmen und die dadurch erfolgten Qualifizierungseffekte in den Gewerkschaften wird das Bewusstsein der Partner in Hinblick auf die Entwicklung eines autonomen sozialen Dialogs geschärft, zugleich werden Handlungsmöglichkeiten diskutiert und erprobt. Dies geschieht insbesondere vor dem Hintergrund der europäischen Vereinbarung der Sozialpartner zu Muskel-Skelett-Erkrankungen, die es in den Mitgliedsländern umzusetzen gilt.

- Die bestehenden Kontakte zwischen den Gewerkschaften werden grenzüberschreitend vertieft und durch die Einbeziehung neuer Teilnehmer verbreitet. Es sollen nachhaltige Arbeitszusammenhänge in den Themenschwerpunkten

- Arbeits- und Gesundheitsschutz
- Strukturwandel, Beschäftigung und Saisonarbeit, Agrarpolitik für die ländlichen Räume geschaffen werden.

„Bei unseren Gesprächen wurde deutlich, dass große Unsicherheit bei den neu eingerichteten Institutionen der KRUS, SUS etc. vorhanden ist, weil die Versorgungswerke erst seit jüngster Zeit bestehen. Die Leiter der betreffenden Organisationen versuchten unsere derzeitige Absicherungssituation zu erfragen, weil sie Versorgungsängste ihrer Mitglieder für die Zukunft befürchten, da der Strukturwandel bei unseren polnischen Kollegen für die Leiter der Organisation in einem rasanten Tempo voranschreitet. Die Beiträge, die bei uns (BRD) erhoben werden, waren für sie von großem Interesse, ebenso die staatlichen Zuwendungen.“

Peter Metzger, Protokoll des Austauschs vom 5.5. - 9.5.08



Aus dem Projektverlauf heraus sollen weitere Aktivitäten vorbereitet und durchgeführt werden.

- In den Bildungsmaßnahmen werden die wesentlichen Inhalte vermittelt, die als Grundlage für die weitere gemeinsame Arbeit und zur Gestaltung der Interventionen notwendig sind.

- In den Austauschmaßnahmen sollen die Teilnehmer die betriebliche und lokale Praxis der anderen Länder kennen lernen und

überprüfen, wie der dortige Stand der Umsetzung des gemeinsamen Besitzstandes fortgeschritten ist.

- Aus den Verallgemeinerungen der Projekterfahrungen sollen neue Perspektiven für die grenzüberschreitende Bildung von Netzwerken entwickelt, vorgeschlagen und verbreitet werden.

ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Die Landwirtschaft ist mit über 1.000 tödlich verlaufenden Arbeitsunfällen pro Jahr diejenige Branche in der Europäischen Union, deren Beschäftigte am Arbeitsplatz den meisten Gefahren ausgesetzt sind. Aus diesem Grund sehen die Gewerkschaften hier - neben der Tarifarbeit - einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit.

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz ist ein Bereich in Europa, in dem mittlerweile durch verschiedene Europäische Verordnungen und Richtlinien gleiche Standards gesetzt worden sind. Trotz einheitlicher europäischer Regelungen haben die Mitgliedsstaaten jedoch unterschiedliche Systeme. Als sehr hilfreich für die gemeinsame Arbeit hat sich daher ein Vergleich der Länderregelungen erwiesen. In den verschiedenen Workshops wurde eine

grafische Übersicht erstellt, die im Rahmen des Austausches überarbeitet wurde.

Ein Schwerpunkt des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in der EU ist die Bekämpfung





	POLEN
Träger des Arbeits- und Gesundheitsschutzes	Arbeitsministerium (Arbeitsgesetzbuch), Tripartite Kommission, Arbeitgeber
Beteiligungsgrad AN auf staatlicher Ebene	Gewerkschaftliche Verbände, Ehrenamtliche Gewerbeaufsicht, Tarifverträge, Arbeitsschutzausschüsse
Finanzierung	Betriebliche Fonds, Finanzierung aus dem staatlichen Haushalt
Organisation im Betrieb	Arbeitsschutzorgane (ab 100 Beschäftigte, ab 10 Beschäftigte freiwillig)
Kontrollmöglichkeit im Betrieb	Ehrenamtliche Gewerbeaufsicht, Gewerkschaftsorganisation, Arbeitsschutzausschuss (>200 AN)
Prävention	Anträge und Klagen nach den durchgeführten Kontrollen
EU-Harmonisierung	Arbeitsgesetzbuch entspricht dem EU-Gesetz
Theorie und Praxis	Abhängig von den Mentalitäten der Arbeitgeber, abhängig von der finanziellen Situation

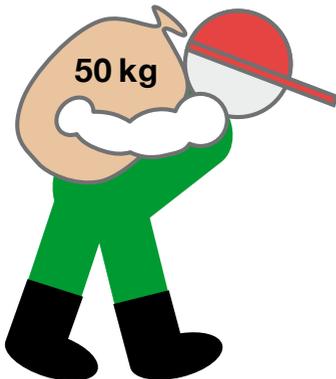
Vergleich der unterschiedlichen Länderregelungen im Arbeits- und Gesundheitsschutz



TSCHECHISCHE REPUBLIK	DEUTSCHLAND
Arbeitgeber und Staat	Berufsgenossenschaft (BG)
Rat für Arbeitsschutz, Tripartitätsausschuss (Änderung zum Gesetz)	Verwaltungsausschuss (Drittelparität)
AG-Kosten, Staatliche Kontrolle: Inspektorat für Arbeitsschutz; Gewerkschaften	Beiträge (Arbeitgeberumlage) und staatliche Zuschüsse
Arbeitgeber (Verantwortung, Kosten), Gewerkschaftsorgane, Rat oder Vertreter (gewählt)	Sicherheitsbeauftragte Betriebsräte
Arbeitgeber, Gewerkschaft, Inspektorat	Berufsgenossenschaft, Staatliche Gewerbeaufsicht, Betriebsräte
Arbeitgeber, Schulungen, Gewerkschaften, Vorbeugende Untersuchung, Arzt	Schulungssystem, Voruntersuchungen, Untersuchungen
90%	Vollzogen
Theorie + Praxis +/-	Gesetzliche Grundlagen gut, Umsetzung differenzierter, Problem Kleinbetriebe

von Muskel-Skelett-Erkrankungen. Seit Mitte der 90er Jahre wurden mehrere Rechtsvorschriften zu diesem Thema, unter anderem die Rahmenrichtlinie zur Verbesserung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzes bei der Arbeit (Richtlinie 89/391/EWG) und die Richtlinien über die manuelle Handhabung von Lasten, über die Arbeit an Bildschirmgeräten, über Lärm und Vibrationen und über elektromagnetische Felder erlassen. Doch trotz dieser geltenden gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften, die auch ins Recht der Mitgliedstaaten umgesetzt wurden, besteht in diesem Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutz noch großer Handlungsbedarf.

So leidet ein hoher Prozentsatz der europäischen Arbeitnehmer, insbesondere in der Landwirtschaft, unter Muskel-Skelett-Stö-



„Die Besichtigung des Betriebes zeigte, dass ein hoher arbeitsschutztechnischer Standard vorliegt. Einmal im Jahr erfolgt eine direkte Kontrolle im Arbeitsschutz durch die Gewerkschaft. Damit ist auch deutlich, dass generell in Tschechien, sanktioniert durch das Arbeitsgesetzbuch, eine Kontrolle auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes durch die Gewerkschaft möglich ist und auch wahrgenommen wird. Allerdings beschränkt sich die Kontrolle der Gewerkschaft nur auf das Aufzeigen von Mängeln ... Sollte ein Betrieb die durch die Gewerkschaftsinspektoren aufgezeigten Mängel nicht abstellen, erfolgt die Sanktionierung über die Arbeitsschutzinspektion.“

Peter Korkus, Protokoll des Austauschs vom 3.11. - 5.11.08

rungen, wie z.B. Rückenschmerzen, Nacken- und Schulterbeschwerden oder Handgelenkverletzungen.

Bei der Anhörungsphase der Europäischen Kommission äußerten sich die Sozialpartner des landwirtschaftlichen Sektors im November 2005 in einer Vereinbarung gemeinsam zur Reduzierung der MSE-Risiken. Dort wurde festgestellt:

- die Umsetzung des Regelwerks der EU für die Prävention der MSE, insbesondere bei Kleinunternehmen, bleibt unzureichend;

- die Prävention durch öffentliche Stellen, Gesundheitsdienste, Sozialpartner, Arbeitgeber und die Arbeitnehmer auf Betriebs- und Sektorebene ist notwendig;

- der Mangel an vergleichbaren Statistiken zu Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten stellt ein Hindernis für eine einheitliche europäische Präventionspolitik dar;

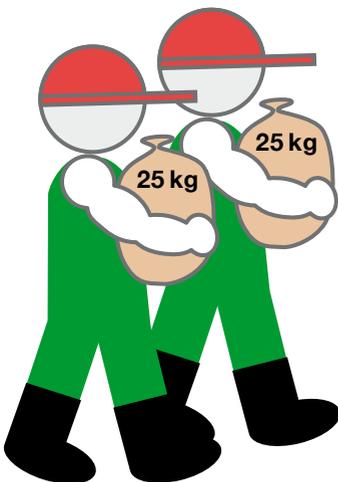
- die Einrichtung von nationalen und einer europäischen Beobachtungsstelle für Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft ist notwendig.

Im Jahr 2007 führte die Europäische Agentur für Sicherheit am Arbeitsplatz (OSHA) eine europaweite Kampagne zur Bekämpfung von Muskel-Skelett-Erkrankungen durch. Dieses Anliegen wurde von der Europäischen För-

deration der Agrargewerkschaften (EFFAT) in alle Mitgliedsorganisationen eingebracht.

Die europäischen Diskussionen und die Vereinbarung waren ein Anlass, das Thema Muskel-Skelett-Erkrankungen zu einem inhaltlichen Schwerpunkt des Projektes Verstärkung zu machen. Es sollten Möglichkeiten ermittelt werden, wie die europäischen Vereinbarungen in lokale und betriebliche Praxis grenzüberschreitend transportiert werden können.

Auf dem ersten tri-nationalen Workshop in Lublin/Polen im Juni 2007 wurden zum Thema Muskel-Skelett-Erkrankungen Informationen ausgetauscht. Gewerkschaftliche Arbeits- und Gesundheitsschutzexperten aus den teilnehmenden Ländern Polen, Tschechien und Deutschland berichteten über ihre



Wegweiser am Institut für Dorfmedizin Lublin



Erfahrungen. Vertreter der Berufsgenossenschaften und des staatlichen Arbeitsschutzes diskutierten über den jeweiligen Stand zur Erforschung und Bekämpfung von Muskel-Skelett-Erkrankungen. Hervorragend unterstützt wurde die Arbeit durch das Institut für Dorfmedizin Lublin (IMW) mit der dort vorhandenen Fachkompetenz. Ein wichtiges Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen war die Einrichtung einer Beobachtungsstelle für Muskel-Skelett-Erkrankungen in Polen.

In zwei weiteren Workshops in Berching/Bayern (DE/CZ) und Rendsburg/Schleswig-Holstein (DE/PL) wurden die Inhalte vertieft und anhand praktischer Beispiele in Zusammenarbeit mit den jeweiligen regionalen Berufsgenossenschaften Bayerns und Schleswig-Holsteins erläutert. Die Kontakte,

die auf den Workshops entstanden, wurden bei den Austauschen vertieft. Besonders hervorzuheben ist der gegenseitige Austausch zwischen den Arbeits- und Gesundheitsschutzexperten aus Liberec/Tschechien und Vertretern von IG BAU und der Berufsgenossenschaft aus Brandenburg-Süd. Diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird auch nach Projektende intensiv fortgeführt.

Auf der tri-nationalen Abschlusskonferenz im Oktober 2008 in Lublin wurden die Ergebnisse und Erfahrungen zusammengefasst und weiteren Kollegen aus Gewerkschaften der Slowakei, Estland, Lettland und Litauen als gute Praxis vorgestellt.

EFFAT hat die gemeinsame Arbeit der Partner als positives Beispiel zur Bekämpfung der Muskel-Skelett-Erkrankungen bewertet und diese im Europäischen Sozialen Dialog für die Landwirtschaft sowie der Europäischen Agentur für Arbeitssicherheit (OSHA) präsentiert.

Die Möglichkeit der Teilnahme an den Europäischen Kampagnen fand in den Gewerkschaften ein positives Echo, so dass sich z.B. die IG BAU an der im Jahre 2008 gestarteten Kampagne zur Gefährdungsbeurteilung beteiligt.

Geplant und vorbereitet sind weitere gemeinsame Aktivitäten in der Zusammenarbeit beim Arbeits- und Gesundheitsschutz, z.B.:

- in Polen wird sich das Institut für Dorfmedizin in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ebenfalls an den europäischen Kampagnen zur Gefährdungsbeurteilung beteiligen;



Logo der OSHA-Kampagne gegen Muskel-Skelett-Erkrankungen

„Präventive Maßnahmen zum Hautschutz gegen stärkere Sonneneinstrahlungen gibt es in der Tschechischen Republik schon einige Jahre ... Unsere Verbandsinspektion bezeichnete die Möglichkeit, durch Sonneneinstrahlung an Hautkrebs zu erkranken, als eine der größten Gefahren während der Arbeit im Freien. Darum stellte sie zur Minimierung der Risiken in den Kollektivverträgen und Maßnahmen die Verpflichtung auf, bei Arbeiten im Freien Sonnencreme mit dem nötigen UV-Faktor zu verwenden. Wir müssen leider feststellen, dass sich nicht alle landwirtschaftlichen Betriebe an unsere Empfehlungen halten.“

Bohumír Dufek, Referat zum Thema „Zukünftige Arbeitsplätze in der Landwirtschaft in Tschechien“; 12.-14.6.08 in Quedlinburg

geplant ist der Einsatz von Referenten aus Deutschland;

- in Bulgarien wird ein Projekt zum Arbeits- und Gesundheitsschutz geplant. Die IG BAU leistet hier Hilfestellung bei der Beantragung und wird Experten zur Verfügung stellen;

- zwischen der IG BAU und der OSPZV/ASO ist ein gemeinsames Seminar über Arbeitsschutz bei Pflanzenbehandlungsmitteln (Pestiziden) vorgesehen.

Auch zu anderen Initiativen werden die Partner eingeladen, z.B. zur Verleihung „Ausgezeichneter Betrieb im Arbeitsschutz“ in Polen.

Transparenz bei der Arbeitssicherheit





*Teilnehmer der polnischen Delegation
beim Workshop in Masuren*

*Gespräche mit polnischen Saison-
arbeitern in Deutschland*



*Vorbildlich
mit Helm*

*Experten von IG BAU und Berufsgenos-
senschaft bei Vibrationsmessungen*



*Polnische Saisonarbeiter an
der Spargelsortiermaschine*



BESCHÄFTIGUNG IN DER LANDWIRTSCHAFT UND IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

In der europäischen Landwirtschaft sind über 6 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, hinzu kommen noch weitere Beschäftigte in der Forstwirtschaft, im Gartenbau und in Dienstleistungsbereichen der Agrarwirtschaft. Die Landwirtschaft hat einen hohen Anteil an grenzüberschreitender Arbeit. Ein gutes Drittel der oben genannten 6 Mio. Arbeitskräfte arbeitet als Wanderarbeiter, z.B. als Erntehelfer in anderen Ländern. Auch landwirtschaftliche Unternehmen arbeiten zunehmend über Ländergrenzen. Mit den Unternehmen ziehen häufig auch die Beschäftigten mit.

In der Landwirtschaft setzt sich der Strukturwandel fort. Zum einen bestimmen die Reformen der EU-Agrarpolitik wie z.B. die Tabakreform, die Reform des Obst- und Gemüsemarktes oder die Weinmarktreform die agrarischen Strukturen. Zum anderen bekommt die Landwirtschaft neue Tätigkeitsfelder, wie z.B. die Gewinnung von erneuerbaren Energien oder Dienstleistungen im ländlichen Tourismus.

Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt passt sich diesen Entwicklungen an. Während in den europäischen Beitrittsländern noch landwirtschaftliche Arbeitsplätze abgebaut werden, nehmen in westeuropäischen Ländern, einschließlich Westdeutschlands, die Arbeit-

nehmerzahlen zu. Von den Unternehmern wird zunehmend ein Arbeitskräftemangel beklagt, insbesondere bei den Facharbeitern.

Hinzu kommt auch die Neuausrichtung der Europäischen Agrarpolitik nach 2003, in der

„Sowohl der Besitzer als auch die Arbeiter haben klar gemacht, dass das gegenseitige Vertrauen und der Dialog sehr wichtig sind. Falls notwendig, gestattet der Besitzer dem Arbeiter seine Familie zu besuchen oder seinen Lohn frühzeitig zu bekommen. Uns wurde gesagt, dass der finanzielle Aspekt von großer Bedeutung ist. Viele junge Saisonarbeiter fahren jetzt lieber in die Niederlande oder nach Großbritannien, wo sie höhere Löhne bekommen ... Während des Gesprächs mit den Arbeitern wurde uns berichtet, dass die Arbeitsbedingungen nicht überall so gut sind. Arbeiter werden ausgebeutet und illegal beschäftigt, was sie aus finanziellen Gründen hinnehmen und leider jedoch teilweise ohne das verdiente Geld nach Polen zurückkehren.“

Monika Kowalik, Hanna Surmann, Protokoll des Austausches nach Deutschland vom 15.-19.6.2008

sich der Agrarrat auf Schlussfolgerungen über „die Beschäftigung in ländlichen Gebieten im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie“ verständigt hat und die Kommission aufforderte, eine eingehende Analyse über die Beschäftigungsaussichten in ländlichen Gebieten vorzunehmen und dafür ein statistisches Instrumentarium mit messbaren Indikatoren zu entwickeln.

Die Neuausrichtung der Europäischen Agrarpolitik für den Zeitraum 2007 bis 2013 wird in den Mitteilungen der Kommission (SEK(2006)1772) vom Dezember 2006 eingehend beschrieben.

Sie gründet weiter auf einer Marktpolitik mit direkten Beihilfen, der so genannten 1. Säule. Diese wird sich aber in den nächsten Programmplanungszeiträumen degressiv verhalten und an bestimmte Grundanforderungen der Landbewirtschaftung (Cross-Compliance) gekoppelt sein. Dazu gehören die Einhaltung von Standards, etwa in den Bereichen Umwelt, Lebensmittelsicherheit und Tierschutz. Auch Aspekte wie die Verpflichtung, alle landwirtschaftlichen Flächen in guten agronomischen Zustand zu erhalten, fließen mit ein.

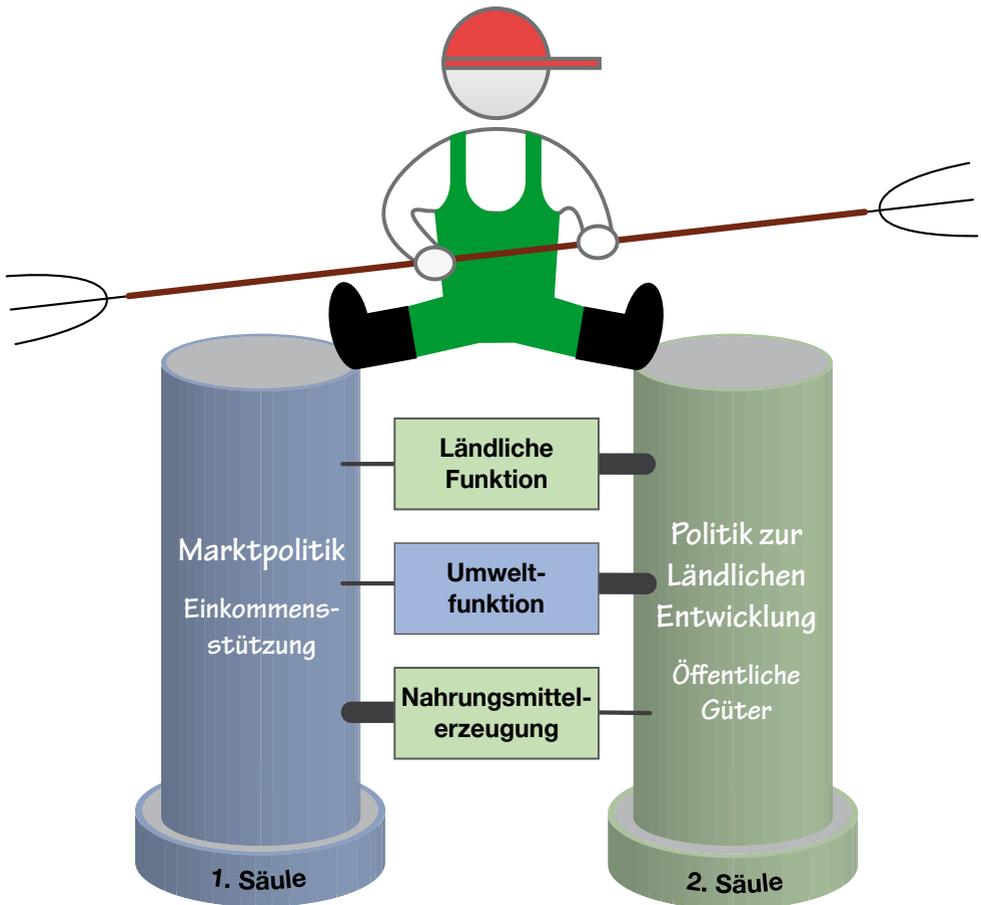
Die 2. Säule fördert die Entwicklung des ländlichen Raums, trägt der wachsenden Bedeutung von Umweltschutz und Landschaftspflege Rechnung und fördert das Interesse an einer verbesserten Lebensqualität im ländlichen Raum. Hier können z.B. Maßnahmen zum Schutz und der Erhaltung natürlicher Ressourcen, alter umweltgerechter Bewirt-

schaftungssysteme oder Kulturlandschaften, verknüpft mit dem Aufbau des Humankapitals und der Infrastruktur in ländlichen Räumen unterstützt werden. Dadurch sollen die Bedingungen für nachhaltiges Wachstum und Arbeit und die Diversifizierung der Wirtschaftstätigkeiten verbessert und ein Beitrag zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten geleistet werden.

Die aktuelle Überprüfung oder Halbzeitbewertung des Programmplanungszeitraums 2007 bis 2013 fand Ende November 2008 statt, und es wurden weitere Kürzungen der Direktzahlungen der 1. Säule zugunsten der Förderung der ländlichen Entwicklung beschlossen. Hinzu kommt eine weitere schrittweise Umschichtung um 5% auf 10% im Jahr 2012. Diese Umschichtung wird im nächsten Planungszeitraum noch erheblich verstärkt werden.

„Wie wir festgestellt haben, investieren die meisten Landwirte erhaltene Mittel von den EU-Subventionen in die Entwicklung des Maschinenparks und die Erneuerung der Ställe. Die OSPZV-ASO CR ist mit diesem Weg einverstanden und fördert ihn voll, weil mit dieser Modernisierung auch ein Beitrag zur wesentlichen Verbesserung der Arbeitsumgebung erfolgt.“

Bohumír Dufek, Referat zum Thema „Zukünftige Arbeitsplätze in der Landwirtschaft in Tschechien“; 12.-14.06.08 in Quedlinburg.



Nach: EU-Kommission, Fact Sheet „Die EU-Politik zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums 2007 - 2013“ (2007)

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Beschäftigung in der Landwirtschaft und in ländlichen Räumen sind eng miteinander verknüpft. Auswertungen der EU-Agrarförderung legen nahe, dass Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe, Aus- und Weiterbildung, sowie Maßnahmen, die die Entwicklung ländlicher Gebiete fördern, auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen als wirkungsvoll gelten. Es handelt sich zwar nur um

Schätzungen, aber man geht davon aus, dass Maßnahmen zur ländlichen Diversifizierung dazu beigetragen haben, dass bis zu 100.000 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gesichert, bzw. befristete Tätigkeiten im Bereich Umwelt und Dorferneuerung geschaffen wurden. Da bei diesen Auswertungen (Förderperiode bis 2006) nur ein geringer Prozentsatz der Agrarfördermittel in die 2. Säule geflossen ist, kann man sich gut vorstellen, dass hier

noch ein beträchtliches Potenzial zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten offen ist. Die Sozialpartner sind aufgefordert, sich an der Programmpolitik und Umsetzung zu beteiligen.

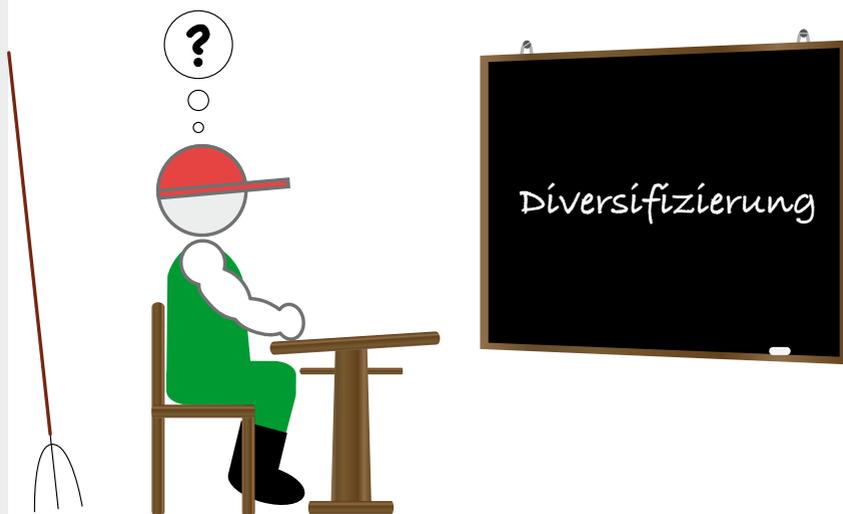
Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Tendenzen auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt wurden die Inhalte der Konferenzen, Workshops und Austausche ausgewählt. Eröffnet wurde das Projekt Verstetigung mit einer Konferenz zum Thema „Saisonarbeit in der Landwirtschaft“. Saisonarbeit ist das grenzüberschreitende Thema, das alle teilnehmenden Länder Deutschland, Polen, Tschechien und Rumänien tangiert. Eine Bestandsaufnahme der Beschäftigungssituation der beteiligten Länder sowie eine europäische Gesamtschau leitete das Projekt ein. Ein besonderer Schwerpunkt war die Darstellung der Lebens- und Wohnbedingungen der Wanderarbeitskräfte. Ein The-

„Die Tendenz ist die, dass immer weniger Menschen in der Produktion der Tomaten und Gurken arbeiten, als vielmehr in der Sortierung, Verpackung, Transport. Eine Person in der Produktion entspricht zwei Personen in der Weiterverarbeitung oder Vorbereitung.“

Berit Schröder, Austausch, Gespräch im Betrieb Leonow vom 7.5.2008

senpapier zur Beschäftigung war das Ergebnis der Eröffnungskonferenz (www.peco-ev.de). Dieses Papier diente als Arbeitsgrundlage für die weiteren Workshops des Themenschwerpunktes Beschäftigung.

In einem gemeinsamen deutsch-tschechisch-polnischen Workshop in Prag wurden die Auswirkungen des so genannten „Health check“ auf die Arbeitsplätze in der Landwirt-



schaft diskutiert. Gemeinsam mit Vertretern aus dem tschechischen Landwirtschaftsministerium und dem Arbeitgeberverband wurden die aktuellen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die Beschäftigung vorgestellt. Deutlich herausgearbeitet wurden die unterschiedlichen nationalen Interessen der Berufsstände. Während Tschechien als ein Land mit einer vorwiegend großbetrieblichen Agrarstruktur auf die Fortführung der bisherigen Agrarpolitik setzt, unterstützten die polnischen Vertreter - Polen hat eine deutlich andere Betriebsstruktur - besonders die durch die zweite Säule gestärkte Förderung des Ländlichen Raumes. Davon profitieren insbesondere die kleineren Betriebe.

In Masuren/Polen (DE/PL) erhielten die Teilnehmer durch Vertreter der Arbeitsverwaltung und die Betriebsleiter der Staatsbetriebe einen Einblick in die Auswirkungen des ländlichen Strukturwandels. Beeindruckend für die deutschen Teilnehmer war das Bestreben der Vertreter des polnischen Staateschatzes (ähnlich der ehemaligen deutschen Treuhand), die großen landwirtschaftlichen Güter in maximal ca. 500 ha große private Betriebe umzuwandeln. Der Vertreter der Arbeitsverwaltung in der Wojewodschaft Masuren berichtete von der Auszehrung des ländlichen Raumes: Viele Arbeitskräfte ziehen in Regionen mit besseren Arbeitsangeboten und höheren Lebensstandard. Er schilderte eindringlich das Bemühen der Arbeitsverwaltung, gerade schwer vermittelbare Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

In einem gemeinsamen deutsch-tschechischen Seminar in Prag wurde ein Betrieb mit osteuropäischen Wanderarbeitskräften besucht. Dort arbeiten vorwiegend Arbeitskräfte bei der Ernte und Verarbeitung von Obst. Berichtet wurde, dass die nicht durch heimische Arbeitskräfte zu besetzenden Arbeitsplätze in Tschechien zunehmend von Männern und Frauen aus Ländern außerhalb der EU besetzt werden.

In den Austauschen besuchten polnische Praktikanten polnische Saisonarbeitskräfte in Deutschland, während die deutschen Teilnehmer des Austausches sich über die Umsetzung beschäftigungspolitischer Maßnahmen in Polen informiert haben.

In einem weiteren Workshop mit tschechischen und polnischen Kollegen in Quedlinburg standen der Klimawandel und dessen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft auf der Tagesordnung. Neben einem grundsätzlichen Referat zum Thema Klimawandel und Veränderung der Arbeit in der Landwirtschaft wurden eine Zuckerraffinerie mit einem Bioöthanolheizwerk und die Kleinwanzlebener Saatzucht AG besucht. Dort konnten neue Möglichkeiten der Beschäftigung in den Bereichen erneuerbarer Energien und Pflanzenzüchtung vorgestellt und diskutiert werden.

Von den Diskussionen innerhalb des Projektes gingen zahlreiche Initiativen zur weiteren engen Zusammenarbeit aus, u.a.

- wurde die Idee entwickelt, das Thema Klimaschutz im Zusammenhang mit der Situation der landwirtschaftlichen Beschäftigung zu diskutieren. Erste Gespräche über weitere regionale Projekte fanden statt;

- entstand aus der gemeinsamen Diskussion über Beschäftigung in ländlichen Räumen ein neues Projekt zwischen Deutschland, Polen, Rumänien und Bulgarien, das über das EU-Programm PROGRESS gefördert werden soll.

An weiteren Austauschkooperationen z.B. im Bereich der Bildung wird gearbeitet.



FAZIT



Teilnehmer des tri-nationalen Workshops in Lublin

Das Projekt *Verstetigung* bildet einen weiteren Meilenstein in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der deutschen, polnischen und tschechischen Partner. Die zahlreichen Aktivitäten in den zurückliegenden zwei Jahren haben durch den Kenntnistransfer in alle beteiligten Gewerkschaften das Wissen und das Verständnis für- und übereinander verbessert.

Die beiden Themenschwerpunkte *Arbeits- und Gesundheitsschutz* und *Beschäftigung* wurden aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet.

Im Arbeits- und Gesundheitsschutz standen vor allem die betriebliche Praxis, die wissenschaftlichen Ergebnisse von Phänomenen der Muskel-Skelett-Erkrankungen sowie der Prävention für die Beschäftigten und auch die Arbeit der Träger der Unfallversicherungen im Fokus der Projektarbeit.

Für den Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes wurde ein gemeinsames Grundverständnis herausgearbeitet, wichtige Akteure kennen sich. Über die Projektarbeit ist ein grenzüberschreitendes Netzwerk der Arbeits- und Gesundheitsschützer in den beteiligten

Gewerkschaften entstanden, welches sich nun auch interregional verfestigt hat.

Die Einmischung beim Thema Beschäftigung wird für die Gewerkschaften in den nächsten Jahren eine noch stärkere Gewichtung erhalten. Auch dieses Thema wurde unter verschiedenen Aspekten und Ausprägungen in den Workshops bearbeitet:

- die Auswirkung der europäischen Agrarpolitik,
- der Aspekt der veränderten Arbeitswelt unter dem Klimawandel,
- die Veränderung der Wander- und Saisonarbeit,
- die Entwicklung der Arbeitsplätze in ländlichen Räumen.

Vor allem auch das Bildungselement des Austausches hat wertvolle Einblicke in die reale Situation, die Netzwerke und die Arbeitsweisen der Partner gebracht. Es konnten weitere interessante Kontakte in die Gewerkschaften und darüber hinaus zu anderen Einrichtungen und Kooperationspartnern geknüpft werden.

Dies waren wichtige Erfahrungen, die in der künftigen Zusammenarbeit der Partner Berücksichtigung finden werden.

Bei allen Betrachtungen und Erfahrungen wurde der weitere Handlungsbedarf auf den verschiedenen Ebenen deutlich, insbesondere bei:

- der Entwicklung von Beschäftigungsnetzwerken zum Austausch von guten Praktiken und der Entwicklung von gemeinsamen Strategien in ländlichen Räumen,
- dem Regelungsbedarf bei der grenzüberschreitenden Arbeit und der gemeinsamen Betreuung und Information von Wanderarbeitskräften,
- der Entwicklung und Durchsetzung von gemeinsamen Positionen zur gemeinsamen Agrarpolitik
- der Untersuchung und Diskussion der Auswirkungen des Klimawandels auf die Arbeitsplätze.



„In den Workshops wurden immer wieder interessante und für uns aktuelle Themen bearbeitet. Aus der gemeinsamen Arbeit entstanden Ideen zu neuen Projekten, die mit Hilfe des PECO-Instituts umgesetzt werden.“

Leon Grycuk, ZZPR



„Die grenzüberschreitende Arbeit der Gewerkschaften ist ein wichtiger Teil für das Verständnis der Gewerkschaften untereinander. Sie ist insgesamt wichtig für die lebendige Umsetzung des Sozialen Dialoges auf europäischer Ebene und des Sozialen Dialoges in den Ländern.“

Arnd Spahn, EFFAT



„In den Seminaren haben wir viel über die Situation in den deutschen Betrieben gelernt. So konnten wir deutschen Arbeitgebern selbstbewusster gegenüber treten und hatten gute Argumente für unsere Interessen.“

Bohumír Dufek, OSPZV-ASO

gefördert durch das



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales